

Deckung der klimabezogenen Maßnahmen in den Entwicklungsländern notwendigen Finanzbedarfs von 100 Milliarden US-Dollar bis zum Jahre 2020. Ebenfalls begrüßt wird die geplante Schaffung des Cancún Adaptation Framework mit dem Ziel, die Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern zu mindern.

Für die kommende Zeit bleibt aus rumänischer Sicht der Abschluss eines rechtskräftigen und umfassenden Abkommens im Bereich des Klimawandels ein Hauptziel der weiteren internationalen Verhandlungen. In diesem Sinne wirbt Rumänien für ein stärkeres Engagement der wichtigsten internationalen Akteure, insbesondere der entwickelten Länder und der größten Umweltverschmutzer, die ihren entsprechenden Pflichten in der Bekämpfung des Klimawandels nachkommen sollten.

Auf nationaler Ebene bildet die Frage der Energieversorgung einen Arbeitsschwerpunkt der rumänischen Regierung, auch weil die rumänischen Erdölvorkommen sich voraussichtlich in zehn bis 15 Jahren erschöpfen werden und man überdies mit einem erhöhten Energiebedarf nach der Wirtschaftskrise rechnet, um den steigenden Bedarf des Industriesektors zu decken.

Die jetzige rumänische Regierung fördert daher die Suche nach neuen Energiequellen und baut dabei auf Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen auf, wonach Rumänien über erhebliche Kapazitäten

für die Produktion von Windenergie an der Schwarzmeerküste verfügt. Ebenfalls im Zentrum der jetzigen Regierungsarbeit steht die notwendige Umstrukturierung des Energiesektors mit dem Ziel, die Energieversorgung zu diversifizieren und unterschiedliche Energieformen für die Energiegewinnung zu nutzen (z.B. Kohlen-, Wasser- und alternative Energiekraftwerke). Die Maßnahmen zur Förderung von Windenergie und von photovoltaischen Zellen sollen weiter unterstützt werden. In diesen Bereichen wurden bereits erfolgreiche Projekte umgesetzt oder sind auf dem Weg zur Umsetzung und weisen eine überdurchschnittliche Wirtschaftlichkeit auf.

Weiterhin auf nationaler Ebene verfolgt die rumänische Regierung die Einrichtung von Schutzgebieten im Rahmen des länderübergreifenden Programms Natura 2000 und unterstützt ganz ausdrücklich die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die sich zunehmend mit der Bekämpfung der Auswirkungen der Fluten und mit dem Schutz gegen Desertifikation beschäftigen. Die Zivilgesellschaft leistet in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung einen immer wichtiger werdenden Beitrag in der Wiederaufforstung von Flächen und es besteht die Hoffnung, dass nach deutschem Beispiel die massive Entwaldung gestoppt und eine landesweite Wiederaufforstung erreicht werden kann, um im Interesse der kommenden Generationen eine Bewaldung von 33 bis 35 Prozent des Territoriums zu gewährleisten.

SPANIEN

Hans-Günter Kellner

KLIMAPOLITIK LEIDET UNTER SPANIENS WIRTSCHAFTSFLAUTE.

ENTWICKLUNG DER EMISSIONEN – BEWERTUNG DURCH DIE REGIERUNG

Als am 11. Dezember 1997 das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz unterzeichnet wurde, verpflichtete sich die Europäische Union zwar, ihre Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 deutlich zu reduzieren. Allerdings gab sich die Union einen internen Verteilungsschlüssel (*burden sharing*) mit unterschiedlichen Anforderungen an die einzelnen Mitgliedstaaten. So wurden von einigen Ländern wie zum Beispiel Deutschland oder Luxemburg erhebliche Senkungen

erwartet, andere durften ihre Emissionen sogar weiter steigern. So sollte der Entwicklung von Industrie und Wohlstand jedes einzelnen Staates Rechnung getragen werden. Spanien durfte demnach seine Emissionen um 15 Prozent steigern.

Trotz des von der Union eingeräumten Spielraums dürfte Spanien zum Stichtag 2012 dieses Ziel weit verfehlen. Dem EU-internen Verteilungsschlüssel zufolge soll das Land bis dahin nicht mehr als 333.238 Tonnen Kohlendioxid ausstoßen. Dieser Wert wurde schon 1998 übertroffen. 2007 überschritt Spanien sein CO₂-Ziel für 2012 um rund 35 Prozent.¹ In den bisher

1 | Emissionsbericht der spanischen Regierung: http://www.mma.es/secciones/calidad_contaminacion/atmosfera/emisiones/pdf/Sumario_de_Inventario_Nacional_Emisiones_GEI_serie_1990-2008.pdf [02.09.2011].

berechneten beiden Folgejahren konnte jedoch eine Trendwende verzeichnet werden. 2008 lag das Land noch um rund ein Viertel über den Kyoto-Vorgaben, ein Jahr später um rund 15 Prozent. Diese Verfehlung des Kyoto-Ziels möchte Spanien mit dem Emissionshandel und einer Entwicklungszusammenarbeit in Klimapolitik mit Lateinamerika ausgleichen.

Spaniens Presse berichtet seit Jahren intensiv über die im Folgenden dargelegten Konsequenzen des Klimawandels für das Land. Über den jüngsten Klimagipfel in Cancún wurde ausführlich berichtet, auch über die ambitionierte Haltung der Europäischen Union. Spanien unterstützte dabei die Forderung Deutschlands, Dänemarks und anderer Mitgliedsländer, die EU solle sich zu einem Emissionsrückgang von 30 Prozent verpflichten. Umweltverbände sahen darin einen Kurswechsel, den die neue Umweltministerin Rosa Aguilar, die erst im Oktober ernannt worden war, möglich gemacht habe. Grundsätzlich wurde der Gipfel in Cancún aufgrund der Verpflichtung der Vereinigten Staaten, Chinas und Brasiliens zu verbindlichen Emissionszielen als Erfolg gewertet.

Spanische Energieexperten rechtfertigen jedoch in Hintergrundgesprächen die Verfehlungen der spanischen Emissionsziele mit „zu ehrgeizigen Zielen“, die angesichts des damaligen Entwicklungspotentials der spanischen Volkswirtschaft nicht eingehalten werden konnten. Die positive Entwicklung in Deutschland wird dabei stets mit dem Hinweis auf die industrielle Modernisierung in Folge der Wiedervereinigung im Osten und die eher verhaltene wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bis 2007 kommentiert. Dennoch orientiert sich Spanien in Fragen des Klimaschutzes an Deutschland, etwa mit einer ähnlichen Finanzierung Erneuerbarer Energiequellen durch Einspeisevergütungen, jedoch nur wenig an den deutschen Bestrebungen zu mehr Energieeffizienz.

Der Klimaschutz ist mit einem eigenen Staatssekretariat fachlich gut in der Regierung verankert. Die Regierung formuliert Umwelt- und Klimaschutz als Chance für die technologische Entwicklung der spanischen Volkswirtschaft. In einigen Bereichen der Erneuerbaren Energiequellen belegt Spanien tatsächlich eine Spitzenposition, teilweise auch als Ergebnis intensiver deutsch-spanischer Zusammenarbeit. Dennoch war in der zweiten Legislaturperiode Zapateros mit der Abwertung des Umweltministeriums zum Staatssekretariat beim Landwirtschafts- und Fischfangministerium eine neue Prioritätensetzung festzustellen. Erst mit der Neubesetzung an der Ministeriumsspitze durch Rosa Aguilar gewinnt im öffentlichen Diskurs der Regierung der Klimaschutz wieder mehr an Bedeutung.

ABHÄNGIGKEIT: EMISSIONEN UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG – FOLGEN

Die Verlautbarungen spanischer Regierungsvertreter zu ihren Verpflichtungen zum Klimaschutz stehen im Widerspruch zur Emissionsentwicklung. Die Statistik zeigt eine parallele Entwicklung von Emissionen der Treibhausgase und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Kurve der Kohlendioxid-Emissionen ist bis 2007 schnell in die Höhe gestiegen. Ähnlich verläuft die Wachstumskurve des Bruttoinlandsprodukts. Erst 2007 setzte mit der Wirtschaftskrise bei beiden Kurven eine Trendwende ein.

Zahlreiche Untersuchungen weisen darauf hin, dass Spanien unter dem Klimawandel besonders leiden wird. Einer Untersuchung des spanischen Umweltministeriums zufolge ist seit Ende der siebziger Jahre die Durchschnittstemperatur bereits um mehr als ein halbes Grad angestiegen.² Dieser Trend von einem Anstieg von etwa einem halben Grad pro Jahrzehnt soll sich den Rechenmodellen zufolge fortsetzen. Am Ende des 21. Jahrhunderts wäre es auf der Iberischen Halbinsel im Winter um bis zu vier Grad wärmer, im Sommer bis zu sieben Grad. Zudem warnen die Forscher vor mehr extremen Wetterverhältnissen, mehr Hitzeperioden mit anhaltender Dürre und gleichzeitig auch mehr extremen Niederschlägen und Überschwemmungen. Eine Zunahme der Bodenerosion wäre die Folge. Neuere Untersuchungen³ bestätigen diese Befürchtungen.

ZUNEHMENDE SOZIALE UND POLITISCHE VERTEILUNGSKÄMPFE UM DAS WASSER

Am Beispiel des ehemaligen Lagunensystems Tablas de Daimiel in der Region La Mancha lässt sich die Austrocknung einst fruchtbarer Gebiete gut beobachten. Dort ermöglichte ein bis zu 5.000 Quadratkilometer großer Grundwasserstock nicht nur die Entwicklung eines sumpfähnlichen Lagunensystems, sondern auch eine intensive und fruchtbare Landwirtschaft. Das Ausbleiben der Niederschläge macht es seit Jahren notwendig, den Weizenanbau großflächig zu bewässern. Das Wasser entnehmen die Bauern dem Grundwasserstock, der immer weiter absinkt. Die lang anhaltende Trockenheit führt seit mehreren Jahren im Sommer zudem dazu, dass die Senken des Gebiets ihr in Jahrhunderten natürlich gespeichertes Kohlendioxid abzugeben beginnt. Die sumpfige Vegetation ist ausgetrocknet und beginnt durch Selbstzündung zu glimmen.

2 | Ministerio de Medio Ambiente, *Principales Conclusiones de la Evaluación Preliminar de los Impactos en España por el Efecto del Cambio Climático*, 2005.

3 | *Clima en España, pasado, presente y futuro*, CSIC, 2009.



Das weltweit erste kommerziell genutzte Wellenkraftwerk ging im nordspanischen Mutriku in Betrieb. Mit der natürlichen Kraft des Wellengangs soll eine Leistung von rund 300 Kilowatt erzeugt werden, mit der bis zu 250 Haushalte versorgt werden können.

Unter diesen Umständen stellt sich die Bewässerungslandwirtschaft nicht nur in dieser Region immer weiter in Frage. Das Verbot, weiter Brunnen zu graben, hat Akzeptanzprobleme, da gleichzeitig Wasser aus Staudämmen der Region in einem fast 300 Kilometer langen Kanalsystem bis an die aride Küstenregion Murcia transportiert wird, um dort die Landwirtschaft mit Zitrusfrüchten zu ermöglichen.

Der Klimawandel birgt somit auch politischen Sprengstoff. Seit Jahren prägt der Streit um das Wasser die Wahlkämpfe in den Regionen Kastilien-La Mancha und Murcia. In Kastilien-La Mancha fordert die Bevölkerung schon lange ein Ende des Wassertransports bis zum Jahr 2015. Das Ende des Wasserflusses aus dem Hinterland würde das Ende der Landwirtschaft in Murcia und in der Region Valencia bedeuten, sagen die Landwirte dort.

Auch in anderen Regionen entscheidet der Kampf ums Wasser Wahlen. In Katalonien war 2003 der Bau einer Kanalanlage vom Ebro-Strom bis in die Region Valencia ein entscheidendes Wahlkampfthema. Die bürgerlichen Nationalisten hatten dem Projekt der Madrider Zentralregierung zugestimmt und verloren ihre Mehrheit. Das Projekt trug 2004 auch zur Niederlage der Volkspartei bei den spanischen Parlamentswahlen bei. Die bereits jetzt bestehenden Verteilungskämpfe um das knappe Gut werden als Konsequenz des Klimawandels zunehmen.

STRATEGIEN GEGEN TREIBHAUSGASE UND KLIMAWANDEL

Stromerzeugung

In den Wintermonaten stammen inzwischen mehr als 50 Prozent des in Spanien verbrauchten Stroms aus

Erneuerbaren Energiequellen. Im Jahresdurchschnitt machen diese dem zentralen Stromnetzbetreiber REE zufolge rund 35 Prozent des Stromverbrauchs aus. Das entspricht rund zehn Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Das Ziel der spanischen Regierung, bis 2012 zwölf Prozent des Energiebedarfs aus Erneuerbaren Energiequellen zu decken, dürfte damit erfüllt werden.

Die Wasserkraft steuert saisonabhängig bis zu 20 Prozent der Stromerzeugung bei. Fast genauso hoch liegen die Anteile jeweils bei den Windkraftwerken, den Gaskraftwerken und der Kernenergie. Die Kohlekraftwerke produzieren weniger als zehn Prozent des spanischen Stroms und werden subventioniert.

Die Solarenergie hat trotz ihres großen Potentials einen Anteil von weniger als drei Prozent, obwohl die installierte Leistung der Photovoltaik mit inzwischen 4.200 Megawatt fast einhundert Mal über dem Wert von 2005 liegt. Die Einspeisevergütung soll demnächst gekürzt werden. Herauszustreichen ist bei der Sonnenkraft in Spanien die thermische Solarenergie, die im Gegensatz zur Photovoltaik nachts Energie auch speichern kann, und die in deutsch-spanischer Zusammenarbeit in der Forschungsstation Solarplattform Almería entscheidend fortentwickelt worden ist. Von dieser Technologie sind bereits rund 500 Megawatt installiert, der Anteil soll sich innerhalb weniger Jahre verdoppeln.

Die Kernkraftwerke werden in Spanien unterdessen zumindest nicht so schnell abgeschaltet, wie noch vor wenigen Jahren beabsichtigt. Die Laufzeitbeschränkung auf 40 Jahre ist jüngst aufgehoben worden. Eine Lösung für die Lagerung alter Brennelemente ist noch nicht gefunden. Spaniens Regierung stößt bei der Suche nach Standorten für ein vorläufiges Zwischenlager in den Regionen auf großen Widerstand. Kontrovers wird diskutiert, ob Grundlastkraftwerke wie die KKW die Entwicklung von Erneuerbaren Energiequellen behindern. Bereits jetzt müssen Windkraftwerke nachts bei niedrigem Strombedarf vom Netz genommen werden.

Energieeffizienz

Während die Entwicklung in der Stromerzeugung als positiv bewertet werden kann, gilt dies nicht für die Einführung von effektiven Effizienzreizen. Erst mit der harten Wirtschaftskrise hat auch der Verbrauch zu sinken begonnen.

Unter dem Druck steigender Ölpreise zu Beginn 2011 hat Spaniens Regierung schnelle Maßnahmen mit dem Ziel von Energieeinsparungen in Kraft gesetzt: Das Tempolimit auf Autobahnen wurde von 120 auf 110

km/h herabgesetzt, in geschlossenen Ortschaften soll auf Straßen mit einer Spur pro Fahrtrichtung nur noch mit 30 km/h gefahren werden dürfen. Die Regierung erhofft sich davon eine Reduzierung des Verbrauchs im Straßenverkehr von fünf Prozent, die Opposition bezweifelt diese Schätzungen.

Auch andere Klimaschutzmaßnahmen wurden erst spät eingeführt. Erst im März 2006 trat ein neues Baugesetz in Kraft, das erstmals auch Maßnahmen wie eine effizientere Wärmedämmung oder sogar thermische Solaranlagen zur Erhitzung von sanitärem Wasser in Wohngebäuden vorschreibt. Doch auch mit dem neuen Gesetz sind Neubauten von den modernen Standards für Niedrigenergie- oder sogar Passivhäusern weit entfernt.

Durch die späte Verabschiedung betrifft das neue Gesetz zudem den Großteil der während des beispiellosen Baubooms der bis 2008 errichteten Gebäude nicht, da deren Bauanträge noch vor dessen Inkrafttreten gestellt worden waren. Zudem lässt das neue Gesetz ältere Gebäude völlig außer Acht. Für energiesparende Maßnahmen an bereits errichteten Gebäuden gibt es Fördermittel und steuerliche Begünstigungen, deren Umfang jedoch auch von der Haushaltslage in den betreffenden Regionen abhängig ist. Für Bürogebäude wurde die Klimatisierung beschränkt. Im Winter darf die Temperatur nicht über 21 Grad, im Sommer nicht unter 26 Grad liegen.

Verkehr

Der Personen- und Güterverkehr ist die wichtigste Emissionsquelle für Treibhausgase. Er wird für ein Viertel der in Spanien erzeugten Treibhausgase verantwortlich gemacht, zwischen 1990 und 2006 haben die Emissionen aus diesem Bereich in Spanien um fast 90 Prozent zugenommen⁴. Dennoch wird über eine Reduzierung des Verkehrs in den Zentren der Großstädte erst diskutiert, seit eine EU-Verordnung über Stickstoffoxide zu Beginn des Jahres 2011 verbindlich in Kraft ist und auch Strafen für Verstöße vorsieht. Gegenwärtig lehnen die Kommunen Einschränkungen ab, es gibt weder eine selektive Zugangsbeschränkung für die Innenstädte je nach der Emissionsklasse der Fahrzeuge nach deutschem Vorbild noch generelle Einschränkungen wie in italienischen oder britischen Großstädten.

Die Kommunen Madrid und Barcelona haben allerdings beachtliche Anstrengungen in der Ausweitung ihrer U-Bahn-Netze unternommen. Der Gütertransport

mit der Bahn fristet in Spanien mit einem Anteil am gesamten Güterverkehr von unter drei Prozent ein Schattendasein.

Dagegen konnte Spanien einige Schritte zur Entwicklung des „effizienten Personenverkehrs“ machen, wie sie die Regierung 2007 ankündigt hatte. Neue Hochgeschwindigkeitsstrecken der Metropole Madrid mit Barcelona, Málaga oder Valencia waren jedoch schon von der Vorgängerregierung Aznar angestoßen worden. Eine schnellere Anbindung der drei baskischen Provinzen an das Madrider Zentrum kann der Regierung Zapatero hingegen als eigene Leistung zugeschrieben werden, wobei hier die Bauarbeiten noch nicht beendet sind. Ob eine bereits in Bau befindliche neue Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Madrid und dem Nordwesten Spaniens in den nächsten Jahren fertiggestellt wird, ist angesichts der Haushaltsschwierigkeiten offen.

Spanien hat zudem einen ehrgeizigen Plan zur Förderung des Elektroautos mit einem Finanzierungsumfang von 590 Millionen Euro eingeleitet. Damit möchte die Regierung bis 2014 250.000 Elektroautos auf die spanischen Straßen bringen.

Bei allen angekündigten Investitionen im Thema Verkehr ist mit der Wirtschaftskrise inzwischen die Finanzierung fraglich. So sind große Zweifel angebracht, ob die im Klimabericht der spanischen Regierung angestrebte nennenswerte Reduzierung der CO₂-Emissionen durch den Verkehr tatsächlich erreicht werden kann.

ZUSAMMENFASSUNG, AUSBLICK, POLITISCHE KONSEQUENZEN

Spanien hat die in Kyoto formulierten Ziele zu lange Zeit ignoriert. Insbesondere die Aznar-Regierung hat es versäumt, rechtzeitig die Weichen für ein klimapolitisch verträgliches Wachstum zu stellen. Klima- und Umweltpolitik wurden von ihr als Hemmschuh für das Wachstum interpretiert. Die Nachfolgeregierung Zapatero hat in ihrer ersten Legislaturperiode (2004 bis 2008) zwar einen umfassenden Klimabericht mit einer treffenden Analyse der Folgen des Klimawandels vorgelegt, doch zu wenig konkrete Schritte zur Reduzierung der Emissionen gemacht. In der zweiten Legislaturperiode Zapateros steht nun ganz klar die Bewältigung der Wirtschaftskrise im Vordergrund.

Der Volkspartei fehlen ernsthafte Alternativen. Sie erkennt nach anfänglichem Zögern zwar den Klimawandel infolge der Treibhausgase an, verweigert sich aber den Forderungen, Emissionen durch wirksame Maßnahmen einzuschränken. Mit ihrer Zustimmung

4 | European Environment Agency, *Transport at a crossroad*, 2009.

zur Einschränkung des Personen- oder Güterverkehrs auf den Straßen oder gar zu einer am Klimaschutz orientierten Besteuerung fossiler Brennstoffe wäre nicht zu rechnen.

Es ist daher zu befürchten, dass bei einem Anziehen der Konjunktur auch die spanischen CO₂-Emissionen wieder steigen werden. Eine am Klimaschutz orientierte Wirtschaftspolitik ist – mit Ausnahme der Förderung Erneuerbarer Energiequellen und der damit verbundenen guten Positionierung spanischer Firmen auf dem internationalen Markt – nicht zu erkennen. Die Sicherheitspolitik oder auch Einwanderungspolitik wird in Spanien schon gar nicht als Teil der Klimapolitik bewertet, obwohl gerade Spanien zuletzt einem hohen Migrationsdruck aus den Dürregebieten Afrikas ausgesetzt war. Im Gegensatz dazu wird eine am Klimaschutz orientierte Entwicklungspolitik im Rahmen der

VN-Klimaschutzabkommen als Möglichkeit gesehen, die eigenen Verfehlungen bei den Emissionszielen auszugleichen.

Zwar räumt auch die Mehrheit der Spanier angesichts der erdrückend hohen Arbeitslosenquote der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang vor dem Klimaschutz ein. Doch hat sich unter der Leitung des ehemaligen Greenpeace-Vorsitzenden Juan López de Uralde inzwischen mit Equo auch eine neue grüne Partei gebildet. In der Vergangenheit sind zwar schon mehrere ähnliche Projekte gescheitert. Aber aufgrund der Entwicklung der politischen Prioritäten der großen Volksparteien und der gleichzeitig geringen Attraktivität der Postkommunisten für umweltbewusste bürgerliche Wähler räumen politische Beobachter dem neuen Projekt gute Chancen bei den nächsten Parlamentswahlen ein – als politische Folge des Klimawandels in Spanien.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Hubert Gehring | Alena Falathova

KLIMAPOLITIK EIN THEMA ZWEITER KLASSE

Die Klimapolitik ist in der Tschechischen Republik ein Thema, das sich in dem öffentlichen sowie politischen Diskurs erst noch durchkämpfen muss. Die größten Bedrohungen unserer Zeit sehen Bürger und politische Repräsentanten in Tschechien in anderen Bereichen. Laut einer Europabarometer-Umfrage zur Einstellung zum Klimawandel¹ erwecken bei Tschechen die größten Besorgnisse der globale ökonomische Abschwung, der Mangel an Wasser und Lebensmitteln sowie die Verbreitung von Krankheiten. Der Klimawandel wird erst als viertwichtigstes globales Problem eingestuft. Dennoch wünscht sich eine große Mehrheit, dass sowohl die Regierung als auch die kommunalen Institutionen und besonders die Unternehmen mehr für den Klimaschutz leisten sollten. Auch ein gemeinsames Vorgehen der EU befürworten 67 Prozent und wünschen sich, dass die Gemeinschaft mehr Geld für den Umweltschutz (75 Prozent) bereitstellt. Dass man selbst nicht genügend gegen den Klimawandel tut, geben 64 Prozent der tschechischen Befragten an und votieren damit ähnlich wie der Rest

Europas. Die mäßige Bereitschaft, sich persönlich für den Klimaschutz einzusetzen, zeigt sich vor allem an der geringen finanziellen Beteiligung hinsichtlich der Investition in Erneuerbare Energien und Energieeinsparung, aber auch an der geringen Anzahl ehrenamtlicher Aktivitäten im Klimaschutzbereich.

Das könnte unter anderem damit zusammenhängen, dass die tschechischen Bürger zu den Europäern gehören, die sich nicht ausreichend genug über Umweltthemen informiert fühlen.² Die tschechische Presseberichterstattung zum Klimawandel behandelt Umweltthemen sehr oberflächlich. Nur im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Vorgehen von EU oder VN wird dem Thema größere Aufmerksamkeit gewidmet. Im nationalen Kontext berichten die Medien hinsichtlich des Klimawandels vor allem über die Energiepolitik und die Erneuerbaren Energien. Kennzeichnend für die Debatte in den Medien sind die polemischen Einwände, ob es den Klimawandel überhaupt gibt und ob der Mensch überhaupt darauf Einfluss nehmen kann. Der Klima-Experte Petr Patočka vom tschechischen Think Tank Glopolis sieht den Grund dafür in den mangelnden Kenntnissen der tschechischen Journalisten über den Klimawandel.

1 | „Europeans attitude towards climate change“, *Europabarometer-Spezial*, Nr. 322 (2009), http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_322_en.pdf [02.09.2011].

2 | „Einstellungen der Europäischen Bürger zur Umwelt“, *Europabarometer-Spezial*, Nr. 295 (2008), http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_295_de.pdf [02.09.2011].